



Medienmitteilung

Zürich, 27. November 2025

Budget 2026: Aufwandüberschuss von 314 Millionen Franken beantragt Steuerfuss 2026 und 2027: 95 Prozent

Die Finanzkommission (FIKO) hat die Beratung des Budgets 2026 abgeschlossen (6043). Bei einem Steuerfuss von 95 Prozent (6044) beantragt sie dem Kantonsrat einen Aufwandüberschuss von 314 Millionen Franken und Investitionsausgaben von 1284 Millionen Franken. Gegenüber dem Antrag des Regierungsrates entspricht das in der Erfolgsrechnung einer Verschlechterung von 189 Millionen Franken.

Der Regierungsrat rechnet in seinem Entwurf der Erfolgsrechnung inklusive Nachträgen mit einem Aufwand von 20'399 Millionen Franken und einem Ertrag von 20'274 Millionen Franken beziehungsweise mit einem Saldo von minus 125 Millionen Franken. Dies bei einem Steuerfuss von 98 Prozent.

Mit den Änderungen der FIKO verschlechtert sich der Saldo um 189 Millionen Franken. Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

*a) Steuerminderertrag in Leistungsgruppe 4910 aufgrund Steuerfusssenkung von 98 Prozent um 3 Prozentpunkte auf 95 Prozent
-246 Millionen Franken*

*b) Erhöhung der zentral eingestellten Budgetkürzung in Leistungsgruppe 4950
+50 Millionen Franken*

*c) Übrige Verbesserungen in den Leistungsgruppen 2201, 2206, 2224 und 9060
+7 Millionen Franken*

Damit beantragt die FIKO in der Erfolgsrechnung einen Saldo von insgesamt minus 314 Millionen Franken.

In der Investitionsrechnung führt der FIKO-Antrag zu Investitionsausgaben von 1284 Millionen Franken.

Die FIKO empfiehlt das Budget 2026 mit 8 zu 3 Stimmen zur Annahme. Eine Minderheit aus SP und Grünen beantragt dem Kantonsrat, das Budget abzulehnen.

Zur Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2026 und 2027 lagen in der FIKO vier Anträge vor:

- 93 Prozent (SVP und FDP)
- 95 Prozent (Die Mitte)
- 96 Prozent (GLP)
- 98 Prozent (Regierungsrat)



Im finalen Entscheid des mehrstufigen Cup-Verfahrens machte der Mitte-Antrag das Rennen. Er sieht eine Senkung des Steuerfusses von derzeit 98 auf 95 Prozent vor. Der Gegenantrag von SVP und FDP, der eine Reduktion auf 93 Prozent verlangte, wurde mit 6 zu 5 Stimmen abgelehnt. Die unterlegenen Anträge werden von den entsprechenden Parteien als Minderheitsanträge in den Kantonsrat gebracht, wobei der Antrag des Regierungsrates von SP und Grünen gestellt wird.

Kontakt:

Kommissionspräsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 700 22 21

Minderheit SVP und FDP: Marc Bochsler (SVP, Wettswil a.A.) 079 742 96 41 und Philipp Müller (FDP, 079 612 12 08)

Minderheit SP und Grüne: Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50 und Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich), 076 589 01 58

Minderheit GLP: Ronald Alder (GLP, Ottenbach), 079 800 33 80